



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/180 - 8. August 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Atempause im Suez-Konflikt	S. 1
Ollenhauer-Interview mit "Hindustan Standard"	S. 3
Ein törichtes Wort des Verteidigungsministers	S. 6

In Erwartung der Konferenz

PR. Auch gut acht Tage, nachdem die britischen Regierungseinladungen an 24 Staaten herausgingen, steht noch nicht fest, ob es zu der Konferenz in London kommen wird, wenn man es auch im allgemeinen erwartet. Rund die Hälfte der eingeladenen Regierungen hat bisher offiziell zugesagt, der Beginn der Konferenz ist für Donnerstag, den 16. August vorgesehen.

Das grösste Interesse richtete sich von Beginn an natürlich auf die Haltung Ägyptens selbst und die des grossen Gegenspielers der westlichen Welt, der Sowjetunion. Von beiden steht die Antwort noch aus. Aber selbst wenn Ägypten im Prinzip zu einer Konferenz ja sagen sollte - neuerdings heisst es, die endgültige Entscheidung werde nicht vor dem kommenden Sonntag fallen - ist es noch ungewiss, ob es dieser internationalen Zusammenkunft zustimmen wird bzw. ob es die grundsätzliche Zusage mit so vielen Vorbehalten verknüpfen wird, dass sie praktisch einer Ablehnung gleich käme. Was für überraschende Aspekte inmitten der gegenwärtigen Verwirrung auftauchen, zeigt der erstaunliche Umstand, dass dieser Tage Radio Kairo in einer für Israel bestimmten Sendung in hebräischer Sprache die Regierung in Tel-Aviv zu ihrer Zurückhaltung in der Suez-Affäre "herzlich beglückwünschte", weil sie sich geweigert habe, sich in diesem Konflikt zum Instrument der Westmächte machen zu lassen...

Noch bevor Oberst Nasser sich entschieden hat, gab am Dienstag die Bundesregierung die Absicht ihrer Teilnahme bekannt. Wie hat die Öffentlichkeit auch einen Blick in die Überlegungen tun lassen, die sie zu diesem Beschluss veranlasst haben. Der Hinweis auf wirtschaftliche Interessen ist ohne weiteres verständlich. Eine Frage nach dem besonderen Charakter der "wichtigen politischen Interessen der Bundesrepublik" beantwortete ein Regierungssprecher mit der Bemerkung, er bestünde in nichts anderem als dem selbstverständlichen und beherrschenden Interesse der Bundesregierung an der Erhaltung des Friedens.

In der Tat liessen ja die militärischen Vorbereitungen, die zuerst in London und Paris angeordnet worden sind und die weitergehen, das Gepenst eines möglichen Krieges auftauchen. Inzwischen hat die andere Seite entsprechend reagiert. Diese Massnahmen haben natürlich die Vor-Konferenz-Atmosphäre sehr ungünstig beeinflusst, nachdem der ganze Konflikt zwar durch die unerwartet schroffe Haltung von Dulles in der Frage der Assuan-Damm-Kredite ausgelöst, ihm gleichzeitig dann - 2 -

8. August 1956

aber wieder durch die vermittelnde Haltung des gleichen Dulles bei den Londoner Vorbesprechungen der drei Westmächte die akute Schärfe genommen war. Aber London und Paris liegen immer noch auf scharfem Kurs, London wegen der enormen Bedeutung des Kanals gerade für Grossbritannien und den wirtschaftlichen und strategischen Zusammenhang des Commonwealth, Paris, weil es wohl nicht zu Unrecht in Kairo den eigentlichen Infektionsherd für die ganze arabische Aufstandsbewegung in Nordafrika sieht.

Eine interne westdeutsche Diskussion hat sich dann an die Tatsache geknüpft, dass Grossbritannien die Bundesrepublik nicht als Signatarmacht des Abkommens von 1868, also als Staat in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches, eingeladen hat, sondern lediglich als Benutzermacht des umstrittenen Schifffahrtsweges. Die Briten haben erklärt, sie hätten Bonn gegenüber diese Form der Einladung gewählt, weil sie völkerrechtliche Komplizierungen und eine dadurch entstehende Verzögerung vermeiden wollten. Das ist plausibel. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte zudem in Bonn, durch die Annahme der Einladung bleibe der bekannte Rechtsstandpunkt der Bundesregierung, dass sie Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches sei, unberührt.

Hier sei folgendes eingeschaltet: Die britische Regierung hat für die Zusammenstellung der Einladungsliste drei Kriterien angewandt. Erstens wurden alle zehn Signatarmächte jener Konvention von Konstantinopel berücksichtigt - mit Ausnahme von Deutschland und Österreich-Ungarn, zweitens acht Staaten, unter deren Flagge sich der grösste Prozentsatz des Kanalsverkehrs abwickelt und schliesslich acht weitere Staaten, deren Schiffsverkehr mindestens zu 43 % durch den Kanal geht. Dies teilte am letzten Sonntag auf Anfrage der britische Botschafter der belgischen Regierung mit, die nicht zu der Konferenz eingeladen worden war und sich nach dem Grunde dafür erkundigt hatte. Man muss zugeben, dass dieses Auswahlprinzip einigermaßen willkürlich und dass z.B. die Nichtberücksichtigung von Israel mehr als ein Schönheitsfehler ist.

Alles weitere hängt nun weitgehend von dem Entschluss der Regierung in Kairo ab. Hoffnungen auf eine Entschärfung der Krise knüpfen sich vor allem an zwei Überlegungen, erstens, dass der Streit im Grunde nur noch die Frage der Internationalisierung des Kanals betrifft, was am Dienstag in London offiziell bestätigt wurde. Es geht also dabei um die Form, in der eine unbehinderte Kanaldurchfahrt durch internationale Abmachungen unbedingt gesichert werden kann, wozu auch Ägypten im Prinzip bereit zu sein scheint. Die zweite Überlegung ist die, dass der heute in der ganzen Weltpolitik bestehende allgemeine Zwang zum Interessenausgleich selbst schwerster Gegensätze so gross ist, dass er sich schliesslich auch in dieser Frage durchsetzen wird.

In diesen Tagen ist in der in Kalkutta und Neu Delhi erscheinenden grossen indischen Tageszeitung "H i n d u s t a n S t a n d a r d" ein Interview erschienen, das der Vorsitzende der SPD, Erich O l l e n h a u e r, der Bonner Korrespondentin dieser Zeitung, Frau Inge Deutschkron, gegeben hat. Diese Ausführungen verdienen nach unserer Auffassung gerade auch im Hinblick auf den für den späten Herbst vorgesehenen mehrwöchigen Aufenthalt Ollenhauers in Asien besondere Aufmerksamkeit.

Asiens ständig wachsendes Gewicht

Friedensfaktor von Weltgeltung - Wirtschaftliche und technische Hilfe tut not

1. Frage: Herr Ollenhauer, man spricht viel vom Niedergang Europas als führende politische, wirtschaftliche und geistige Kraft in der Welt, und man erwartet, dass an seine Stelle die erwachenden Völker Asiens treten werden. Welche Bedeutung und welchen Einfluss hätte eine derartige Kräfteverschiebung auf der politischen Weltbühne? Welchen Platz soll nach Ihrer Meinung das in seiner Bedeutung zusammengeschrumpfte Europa in dieser neu zu bildenden Welt einnehmen?

Antwort: Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat sich bereits das Kräfteverhältnis in der Welt derartig verschoben, dass der Einfluss Europas gegenüber der wachsenden Macht Amerikas und der Sowjetunion immer mehr in den Hintergrund tritt. Zur selben Zeit spielen die Völker Asiens, besonders Südasiens, eine ständig wachsende Rolle, obwohl sie wirtschaftlich und militärisch mit den traditionellen Machtfaktoren in der Welt kaum zu vergleichen sind. Heute stellen die Völker Asiens einen Weltfaktor dar, der von keiner Seite übersehen werden kann und darf und von dem ich überzeugt bin, dass er auch in Zukunft ein friedenserhaltendes Element sein wird. Diese Länder brauchen für den Aufbau den guten Willen der übrigen Welt, oder anders ausgedrückt, die Entwicklung ihrer Länder hängt von der Erhaltung des Friedens ab.

Das Europa von heute muss sich daran gewöhnen, in diesen neuen Kräfteverhältnis als ein Partner unter anderen zu leben. Das setzt die Erkenntnis voraus, dass die Epoche des Kolonialismus endgültig vorüber ist, und auch Europa nicht stärker sein kann als seine wirtschaftlichen Kräfte es erlauben.

2. Frage: Herr Ollenhauer, Sie sind Vorsitzender einer Partei, die sich gegen jede einseitige Blockpolitik wendet und sie auch bekämpft. Nun stehen sich in der Welt zwei einander feindlich gesinnte Weltmächte gegenüber, die auf dem Boden Ihres Landes aufeinander-

stossen. Sehen Sie, Herr Ollenhauer, eine Möglichkeit, die Verkrampfung dieser beiden Blöcke zu lösen, und welchen Beitrag müsste die deutsche Politik dazu leisten?

Antwort: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich gegen die Blockpolitik gewandt, weil sie der Meinung ist, dass im 20. Jahrhundert die Aufteilung der Welt in militärische Blöcke eine grosse Gefahr für den Frieden darstellt, während es das Ziel sein müsste, die die Völker trennenden Barrieren durch eine Politik des friedlichen Nebeneinanderlebens zu überwinden. Als Deutsche haben wir ein besonderes Interesse an einer Politik der Entspannung, da die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Landes nur in einer Klima der Entspannung möglich ist. Daher wehren wir uns gegen ein Beharren auf dem Status quo, in dem die beiden Teilstaaten Deutschlands jeweils feindlichen Militärblöcken angegliedert sind. Im Gegensatz zu unserer Regierung vertritt die SPD die Meinung, dass die eingegangenen militärischen Verpflichtungen beiderseitig einer Revision unterzogen werden müssen, um die Politik der Militärpakte durch ein kollektives Sicherheitssystem zu ersetzen, das allen Staaten gleichermassen Sicherheit gewährt.

3. Frage: Herr Ollenhauer, Sie widmeten einen Teil Ihrer Rede auf dem kürzlich in München abgehaltenen Kongress Ihrer Partei den Beziehungen der Bundesrepublik zu den asiatischen Völkern. Welche Bedeutung messen Sie diesen Beziehungen zu? Erwarten Sie aus einem engen Kontakt mit diesen Völkern und Staaten eine Unterstützung der Friedensbestrebungen in der Welt und eine Unterstützung für das grosse deutsche Anliegen der Wiedervereinigung?

Antwort: Die Bundesrepublik hat von der westlichen Welt nach dem zweiten Weltkrieg wertvolle Wirtschaftshilfe erhalten. Nicht zuletzt dadurch ist es möglich gewesen, unser zerstörtes Land in schneller Zeit wieder aufzubauen, so dass wir heute durchaus in der Lage sind, auf eigenen Füüssen zu stehen. Eingedenk der Hilfe, die wir selbst genossen haben, ist es unsere Pflicht, auch den asiatischen Völkern Wirtschaftshilfe zuteil werden zu lassen, die uneigennützig gegeben werden muss. Die Beziehungen zu diesen Staaten haben aber auch einen politischen Aspekt. Wir hoffen und wünschen, dass ein enger Kontakt mit den unabhängigen Staaten Asiens die Kräfte in der Welt fördert, die den Frieden in der Welt stärken und erhalten wollen. Da die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht isoliert zu lösen ist, erwarten wir durch den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zu möglichst allen Ländern der Welt eine

Förderung unseres Anliegens der Wiedervereinigung.

4. Frage: Die fortgesetzten Atom- und Wasserstoffbombenversuche beunruhigen die Völker in einer grösseren Masse, da sie zu Recht Schäden für die Gesundheit der lebenden und kommenden Generation befürchten. Sehen Sie, Herr Ollenhauer, im Zusammenwirken mit den asiatischen Ländern einerseits, den Westen und den Osten davon zu überzeugen, mit diesen alle Menschen gefährdenden Experimenten aufzuhören?

Antwort: Die Sozialisten aller Länder haben sich gegen die fortgesetzten Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben ausgesprochen. Gerade diejenigen Länder, die selbst Opfer des Krieges wurden, müssen alles daran setzen, um die Menschheit vor den furchterlichen Auswirkungen der Massenvernichtungswaffen zu schützen. In diesem Sinne hat der kürzlich abgehaltene Parteitag der SPD einstimmig eine Resolution angenommen, und unsere Regierung aufgefordert, die entsprechenden Schritte zur Einstellung der Versuche einzuleiten. In der Zusammenarbeit mit allen gleichsinnigen Kräften hoffen wir auf einen Erfolg dieser Bemühungen.

5. Frage: In Ihrer Rede auf dem Parteitag in München schienen Sie, Herr Ollenhauer, unbefriedigt über die Entscheidung der Bundesregierung hinsichtlich der wirtschaftlichen und technischen Hilfe an die sogenannten unterentwickelten Gebiete. Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine weitgehende praktische Hilfeleistung für diese Länder von deutscher Seite?

Antwort: Auf Antrag der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion hat das Parlament kürzlich beschlossen, den Beitrag der Bundesrepublik sowohl zu dem Hilfsprogramm der Vereinten Nationen als auch die direkte wirtschaftliche und technische Hilfe für die wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete zu vergrössern. Die bisher dafür ausgegebenen Summen sind nach unserer Meinung viel zu gering und wir werden weiter für ihre Erhöhung eintreten. Andererseits sind wir der Meinung, dass die geeignetste Art der Hilfe darin besteht, die Institutionen der Vereinten Nationen als eine Art Clearing House zu benutzen und hier insbesondere endlich den Sonderfonds für die wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete (SUNFED) aktionsfähig zu machen. Darüber hinaus muss die Bundesrepublik bemüht sein, durch Anleihen, langfristige Kredite und durch die Entsendung von Wirtschaftlern und Technikern der Völkern zu helfen, von denen wir hoffen, dass sie recht bald mit den Völkern des Westens wirtschaftlich und politisch in "einer Welt" zusammenarbeiten können.

Herr Blank und das Vorsterben

K.G. Im Laufe der Jahre sind wir an misstönende und billige Redensarten des Landesverteidigungsministers gewöhnt. Kürzlich aber hat er in Flensburg in dieser Hinsicht, wie man sagt, dem Fass den Boden ausgeschlagen. Vor jungen Offizieren und Unteroffizieren verkündete Theodor Blank nach Pressemeldungen "Vorsterben zu dürfen muss wieder eine Ehre sein!"

Was mag nur im Kopfe eines Mannes vor sich gehen, der solche Phrasen von sich gibt?

Jeder alte Landsker weiss, wie es dort um diese Ehre bestellt war, wo man sie am nötigsten gebraucht hätte: in der ausweglosen Frontsituation. Jeder alte Landsker weiss, wie es in solchen Situationen um das Vorsterben bestellt war. Selbst dort, wo es moralisch möglich - ist es technisch unmöglich gewesen.

Vorsterben mag eine Tugend gewesen sein, als es noch etwas entschied, als es Wirkungen erzielte, die einen höheren Plan dienlich waren.

"Vorsterben zu dürfen" aber, quasi eine Gnade, die aus einer besonderen Ehre entlehnt wird - das ist ein blutige Philosophie und ein soziales Drama.

Es sind viele in den Kriegen gestorben. Wenige davon würden es sich sicherlich als ehrenvoll anrechnen, dass sie dabei sein durften. Und diese wenigen sind sicherlich nicht der Typus, mit dem man einen modernen Industriestaat in der Mitte des 20. Jahrhunderts aufbauen und gestalten kann.

Die Ideale des Herrn Blank sind heute Anachronismen. Wenn schon gestorben werden muss, wirkt eine solche Phrase vor dem Hintergrund eines automatisierten Raketen-Atomstoffsstoffbomben-Konfliktes lächerlich und absurd. Dann geht es höchstens darum, welches Volk die Ehre hat, vorsterben zu dürfen.

* * *

Karlovy Vary

J.F.W. Mit fremdländischen Ortsnamen wird bekanntlich viel Unsinn getrieben. Immer wieder bricht die Neigung durch, in zungenbrecherischem Eifer damit fertig zu werden, auch dann, wenn seit eh und je deutsche Bezeichnungen zur Verfügung stehen und durchaus gebräuchlich sind. Über solen Eifer kann man lächeln.

Aber der Spass hört auf, wenn z.B. in diesen Wochen, anlässlich der tschechischen Filmfestspiele, die westdeutsche Fachpresse ausschliesslich aus "Karlovy Vary" berichtet, und ein Teil der Tageszeitung diesen Beispiel folgt. Es ist kein Merkmal globetrotterischer Weltbefahrenheit, sondern ein bedauerlicher Mangel an Instinkt, wenn deutsche Journalisten den weltbekannten Namen "Karlsbad" zu Gunsten einer Bezeichnung unterdrücken, die ausserhalb des tschechischen Sprachraums niemand kennt.

Die Karlsbader Filmfestspiele haben dazu beigetragen, jenseits der politischen Sphäre Kontakte auf künstlerischem und wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen. Der Ehrenpreis für den deutschen Film "Die Ehe des Dr. med. Danwitz" war ein schöner Erfolg. Diese erfreuliche Entwicklung wird aber durch die Karlovy-Vary-Sprachregelung der Filmpresse nicht vertieft, sondern höchstens gefährdet. Es fällt schwer, in diesem Verhalten nur den Versuch zu sehen, mit jüngst erworbenen tschechischen Sprachkenntnissen zu prahlen und nicht ein Ausgleiten in die Koexistenz östlicher Prägung zu argwöhnen.

* * *

Verantwortlich: Peter Rannau